

Freie Fahrt

Armut ist ein großes Problem in Düsseldorf. Jetzt konnte DIE LINKE Verbesserungen für verarmte RentnerInnen durchsetzen. **S.3**

Mal eben weg

Viele Menschen fliegen Kurzstrecken. Eine erhebliche Belastung der Umwelt. Die Stadt sieht darin kein Problem. Wir schon. **S.5**

Leerstand bleibt erhalten

Die Ampel will jetzt gegen Leerstand und Umnutzung von Wohnraum vorgehen. Der LINKEN geht das nicht weit genug. **S.6**

Mehr Solaranlagen

Die Stadt schleicht beim Bau von Solaranlagen auf städtischen Gebäuden. Es muss endlich voran gehen, fordert DIE LINKE. **S.7**



Kaufen, kaufen, kaufen und dann?

Foto: © Can Stock Photo/dolgachev

Ab in die Tonne und ein gutes Werk getan?

Altkleider sind ein schmutziges Geschäft

Wer alte Kleidung in einen Kleidercontainer entsorgt, tut damit etwas Gutes. Glaubt man. DIE LINKE hat im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen nachgefragt, was genau mit den Textilien aus den Düsseldorfer Kleidercontainern passiert.

Die Antwort der Stadtverwaltung war ernüchternd: Von den jährlich über 3.000 Tonnen Altkleidern gelangen nur ein bis zwei Prozent in den Secondhand-Handel. Bis zu 20 Prozent werden zu Dämmstoffen und Putz Lumpen verarbeitet. 80-90 Prozent werden exportiert; erfahrungsgemäß vor allem nach Afrika.

Diese Exportquote ist sehr hoch. Der deutsche Dachverband gemeinnütziger Altkleiderverwerter FairWertung gibt an, dass seine Mitglieder „nur“ 40 Prozent der Altkleider exportieren.

Globalisierter Altkleiderhandel

Eine Million Tonnen Gebrauchstextilien fallen jedes Jahr in Deutschland an. Gemeinnützige und kommerzielle Sammelorganisationen exportieren einen großen Teil davon nach Osteuropa, in den Mittleren Osten, nach Mittelasien und vor allem nach Afrika. Laut dem Dachverband

FairWertung leisten diese Exporte in den Abnahmeländern einen Beitrag zur Grundversorgung mit Kleidung und schaffen Arbeitsplätze.

Verschiedene Nichtregierungsorganisationen, wie der Verein „Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene“, sehen die Altkleider-Exporte dagegen sehr kritisch. Laut Südwind werden Altkleider dorthin verkauft, wo sie gute Preise erzielen. Darum gelangen sie kaum in Länder wie den Kongo mit seinen geschätzt mehreren Millionen Binnenflüchtlingen. Wo Altkleider angeboten werden, unterbieten sie die Kleidung aus einheimischer Produktion, so Südwind.

Arbeitsplätze entstehen in den Abnahmeländern nur begrenzt durch den Weiterverkauf und die Änderung von Altkleidern. Die Altkleiderimporte gehen jedoch zu Lasten der heimischen textilen Manufakturen und Industrien und zerstören den dortigen Markt. Die Staaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) hatten deshalb den Import von Secondhand-Kleidung mit hohen Zöllen belegt. Sie wollten parallel den Wiederaufbau ihrer eigenen Textilindustrien forcieren.

Insbesondere die USA übten daraufhin starken wirtschaftlichen Druck aus, um afrikanische Absatzmärkte für billige Altkleider offen zu halten. Kenia, Uganda und Tansania beugten sich dem Druck. Nur Ruanda riskiert für den Aufbau einer eigenen Textilindustrie den Konflikt mit Donald Trump. Dem Land droht der Entzug der Zollfreiheit für den Export seiner Produkte in die USA.

Wo bleibt das Soziale?

Einen positiven Effekt haben die Altkleidersammlungen nur in Deutschland. In Düsseldorf tut man sich durch die Kleiderspenden selbst etwas Gutes: Wie die Stadt schon auf ihren Internetseiten mitteilt, senken die Erlöse aus der AWISTA-Sammlung die Abfallgebühren. 208.000 Euro Einnahmen im Jahr senken rechnerisch die Abwassergebühren für die 358.000 Düsseldorfer Haushalte um 58 Cents pro Haushalt. Wir profitieren also von den Afrika-Exporten.

Weiterhin umgeht man die Verbrennung von Tausenden Tonnen an Textilien. Dieser Müll fällt aber am Ende der Wertungskette in Afrika an.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit ihren vier Mitgliedern im Stadtrat erzielt DIE LINKE Ratsfraktion immer wieder Erfolge. Dazu braucht es neben Arbeit aber viel Durchhaltevermögen. So beschloss der Rat im September einstimmig die unbefristete Abgabe des Düsselpasses an Seniorinnen und Senioren. Ein Jahr zuvor hatte DIE LINKE solch einen Antrag erstmals eingebracht und arbeitete konsequent im Sozialausschuss und Stadtrat am Thema weiter. In diesem Jahr warb DIE LINKE offensiv für eine Zweckentfremdungssatzung gegen AirBnB und Wohnungsleerstand. Ende August beschloss der Rat endlich eine Satzung. Nach Meinung der LINKEN eine Mogelpackung, welche die Spekulation mit Leerstand in Wahrheit legalisiert. DIE LINKE Ratsfraktion wird hartnäckig Druck für Nachbesserungen machen. Angesichts der Wohnungsnot fordert DIE LINKE jedes Jahr in der Haushaltsdebatte eine faire Besteuerung der Unternehmensgewinne. Eine Anhebung der Gewerbesteuer um zehn Prozent würde Mehreinnahmen von circa 90 Millionen Euro bringen. Mit diesem Geld könnte der Bau von städtischen Wohnungen verstärkt und das Angebot der Rheinbahn verbessert werden. Stattdessen verkauft die Stadt weiter ihre Grundstücke, verscherbelt auch für sieben Millionen Euro ihre Anteile an den SANA-Kliniken, behält aber ausgerechnet ihre Anteile am Kohlekonzern RWE. Oberbürgermeister Geisel mag sich davon nicht trennen, obwohl er bei den Klimaprotesten gerne in der ersten Reihe mitläuft. Darüber müssen wir reden.

Ihre R(h)einblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

32.604 Arbeitslose in Düsseldorf = 9,4%

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit ist. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 Jahre sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl. Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im August 2019 bei 23.290 (offizielle Arbeitslosenquote 6,8 Prozent). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, aus der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 32.604 um 9.314 Personen höher als die schön gerechnete, offizielle Zahl. Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 6.041 freie Arbeitsstellen im August gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind. Die genauen Zahlen finden Sie auf unserer Webseite: www.linksfraktion-duesseldorf.de

Spaß am Krieg spielen

Jedes Jahr unterstützt die Stadt einen Schießwettbewerb, bei dem mit Kriegswaffen, wie z.B. dem Maschinengewehr G36 geschossen wird. Ausgerichtet wird der so genannte „Kurfürst-Jan-Wellem-Pokal“ von dem Landeskommando NRW der Bundeswehr und der Reservistenverband-Kreisgruppe Düsseldorf. Erneut wurden die Teilnehmer am Abend des 13. Septembers im Rathaus in Vertretung von Oberbürgermeister Geisel von CDU-Bürgermeister Conzen empfangen. Die Kosten des Empfangs werden aus dem Budget des Oberbürgermeisters bezahlt, wie die Ratsfraktion DIE LINKE aus einer früheren Anfrage erfuhr. Wie passt das alles zu einem „Mayor for Peace“? Ein Antrag der LINKEN, den Empfang abzusagen und die Unterstützung einzustellen, wurde von der Mehrheit im Rat abgelehnt.

Atomtransporte on the road

Unwissend in die Katastrophe?

In NRW hat sich die Anzahl der genehmigungspflichtigen Atomtransporte verdoppelt. 1.241 Transporte aus NRW mit einem Gesamtgewicht von fast 14.000 Tonnen wurden auf den Straßen von NRW transportiert. Größter Absender war die Uranaufbereitungsanlage in Gronau mit insgesamt 5.807 Tonnen, die Atomkraftwerke in neun verschiedenen Ländern mit radioaktivem Material belieferte. Seit 2013 haben sich die Ausfahrten aus der Urananreicherungsanlage Gronau fast verdreifacht. Weiterhin gab es 169 Transporte mit radioaktivem Material aus anderen Bundesländern, die NRW durchquerten.

Sehr wahrscheinlich wurde auch durch Düsseldorf Stadtgebiet radioaktive Fracht auf Wasser, Schiene und/oder Straße transportiert. Zuletzt am 17. Juni 2019 informierte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., dass ein Sonderzug die Urananreicherungsanlage in Gronau verlassen

hatte, der vermutlich Atom Müll quer durch NRW und Rheinland-Pfalz nach Frankreich transportierte. Man kann annehmen, dass die Route des Zuges, wie schon in der Vergangenheit, über den Staufplatz in Düsseldorf Richtung Frankreich verlief.

Zu dem Thema stellte DIE LINKE eine Anfrage und erhielt als Antwort, dass weder die Stadt Düsseldorf noch die Feuerwehr über diese gefährlichen Transporte informiert werden. Genehmigt werden diese vom Bundesamt für kerntechnische



Entsorgungssicherheit. Aus Sicherheitsgründen sollen die Transporte geheim bleiben. Geheimhaltung schadet aber nach Auffassung der LINKEN der Sicherheit der Bevölkerung. Bei einem Unfall ist Eile geboten, um die Unfallbeteiligten, die angrenzende Bevölkerung und die Feuerwehrleute zu schützen. Bekanntlich sieht und riecht man Radioaktivität nicht. Genau deshalb wäre eine Information zumindest der Feuerwehr über Atomtransporte dringend notwendig.

Jeder Atomtransport stellt ein immenses Sicherheitsrisiko dar. Da beruht es auch nicht, dass jedes Löschfahrzeug der Berufsfeuerwehr Düsseldorf mit Warn- und Messgeräten für den Strahlenschutz Einsatz, ABC-Schutzanzügen und strategischen Einsatzunterlagen ausgestattet ist. Besser wäre es, unter anderem die Urananreicherungsanlage in Gronau endlich zu schließen und alle Atomkraftwerke weltweit für immer und ewig herunterzufahren.

Straßennamen und ihre Bedeutung

Die Hohenzollernstraße

Der R(h)einblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial- und Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte im Kulturausschuss die Initiative gestartet alle Namen von Straßen und Plätzen auf problematische Hintergründe oder Bezüge zu überprüfen. Belastete Straßennamen sollen umbenannt werden.

Die Hohenzollernstraße in der Innenstadt

Die Hohenzollern sind ein altes Adelsgeschlecht, das Jahrhunderte die Politik in den heutzutage Deutschland genannten Gebieten politisch und wirtschaftlich bestimmte. Die Hohenzollern waren im 19. Jahrhundert in den bürgerlichen Schichten sehr beliebt. So erfolgte die Straßenbenennung in Düsseldorf am 28. Juni 1866 zu Ehren der Familie Hohenzollern. Diese residierte von 1852 bis 1870 im Schloß Jägerhof. Bis zum Jahr 1885 blieb das Schloss eine Residenz der Hohenzollern.

Die Hohenzollern stellte auch die letzten deutschen Kaiser. Der letzte Kaiser, Wilhelm II., verfolgte eine aggressive nach außen gerichtete Großmachtspolitik, die zum 1. Weltkrieg führte. Dieser von Deutschland ausgehende Antriebskrieg endete mit einer Niederlage und der erzwungenen Abdankung des Kaisers. Das Haus Hohenzollern wollte sich mit dieser Beschneidung seines politischen Einflusses nicht zufrieden geben. Vehement

kämpfte es zusammen mit anderen bürgerlichen Kräften gegen die während der Novemberrevolution erfolgte teilweise Beschlagnahmung von Vermögen und Land der Fürstenhäuser. Der kriminell zusammengeraffte Reichtum der Hohenzollern und anderen basierte jahrhundertlang auf Ausbeutung und Unterdrückung der sogenannten Untertanen und dem Führen von unzähligen Kriegen. Höhepunkt des Konflikts war 1926 ein Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürstenhäuser, das von der KPD initiiert wurde. Kurz vorher hatte das Parlament zur Unterstützung des Adels die Bedingungen für den Volksentscheid geändert, so daß nun die Mehrheit aller Stimmberechtigten benötigt wurde und nicht die Mehrheit der WählerInnen, so daß die 36,3 Prozent Stimmen für die Enteignung nicht reichten.

Schon vorher gab es Kontakte der Hohenzollern zur NSDAP, die sich daraufhin verstärkten. Maßgeblich unterstützten sie den Aufstieg Hitlers. Kronprinz Wilhelm, der Sohn des letzten Kaisers Wilhelm II., nannte Adolf Hitler im April 1933 einen »genialen Führer«, dem man Zeit für »gewisse Aufräumarbeiten« lassen müsse.

Die heutigen VertreterInnen des Hauses Hohenzollern fordern in einem

Prozeß nun frühere Besitztümer zurück sowie Wohnrecht in ihren alten Schlössern. In der Öffentlichkeit stellte sich das Haus als irgendwie dem Widerstand gegen die Nazis zugehörig dar. Dies sowie die Forderung nach Rückgabe der Reichtümer sorgte für eine mediale und politische Empörung. Der Berliner Tagespiegel bezeichnete den Vorgang als „Zumutung für die aufgeklärte Gesellschaft“. Und sogar die Springer Zeitung Die Welt wollte wissen: „Und was ist mit den Toten des Ersten Weltkriegs?“ Die Frankfurter Rundschau beklagte die „blanke Gier“ der Hohenzollern.

Über das kriminelle Agieren des Hauses Hohenzollern sowie die Ver-



strickung in den Nationalsozialismus gibt es unzählige Bücher und Gutachten, insofern ist es schon sehr infam, wie diese „nette“ Familie sich nun als Opfer darstellt. Es wird also dringend Zeit die Straße umzubenennen.

Klimanotstand in Düsseldorf

Mit der Umsetzung hapert es

Der Jugendrat der Stadt hat einen Antrag an den Rat formuliert, in dem er die Ausrufung des Klimanotstandes gefordert hat. Das wurde aufgegriffen, im Rat diskutiert und positiv verabschiedet.

Danach soll Düsseldorf bereits 2035 klimaneutral sein. Bisher wurde 2050 angestrebt. Alle neuen Maßnahmen müs-

notstandes abgelehnt haben. Zum einen wurde argumentiert, dass es sich bei dem Beschluss um Symbolpolitik handele, die weiter keine Auswirkung habe. Man solle doch stattdessen real Umweltpolitik betreiben. Dazu hat die FDP als Mitglied der Ampel-Mehrheit im Rat genügend Gelegenheit gehabt. Auf der anderen Seite

Nachdem der Klimanotstand ausgerufen ist, muss man kritisch untersuchen, wie der Rat und die Fraktionen mit dem Beschluss umgehen. Zurzeit ist der Umbau des Messeparkplatzes zu einem Open-Air-Gelände in der Diskussion. Obwohl vorgesehen ist, dass jede Planung auch unter dem Aspekt der Auswirkungen auf das Klima betrachtet werden soll, spielt das bei dem Gelände keine Rolle.

Die Planung wird zurzeit der Bevölkerung vorgelegt. CDU, SPD, FDP und Grüne treten vehement für das Open-Air-Gelände ein. Die Grünen feiern sich sogar dafür, dass jetzt „nur noch“ 60 Bäume gefällt werden müssen.

DIE LINKE ist die einzige Fraktion, die sich von Anfang an gegen das Projekt ausgesprochen hat. Deshalb haben wir in der Ratssitzung im September beantragt, die Planung einzustellen. Grund ist, dass das Projekt den Zielen entgegensteht, die in Verbindung mit dem Klimanotstand realisiert werden sollen. Alle anderen Fraktionen lehnten den Antrag ab.

Es müssen endlich wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um Klima und Umwelt zu schützen. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen, sonst bleibt es tatsächlich nur bei Symbolpolitik.



Die Jugend fordert ihre Zukunft ein
Foto: © R(h)einblick

sen jetzt auf ihre Klimaverträglichkeit geprüft werden.

Die Diskussion um den Klimanotstand war teilweise grenzwertig. Dabei taten sich die CDU und besonders die FDP hervor, die beide die Ausrufung des Klima-

behauptete die FDP, dass die Ausrufung eines Notstandes tiefe Eingriffe in das Eigentumsrecht der Einwohnerinnen und Einwohner ermögliche und dass das abzulehnen sei. Dies ist mit den Festlegungen des Beschlusses gar nicht möglich.

Links wirkt! Aber richtig!

Rentnerinnen und Rentner mit geringer Rente bekommen den Düsseldorfpass unbefristet

In Deutschland leben Millionen Menschen in Armut. Vor zwanzig Jahren war es noch undenkbar, dass Menschen auf der Suche nach Pfandflaschen Mülleimer durchsuchen oder an Tafeln für Nahrungsmittel Schlange stehen. Auf kommunaler Ebene kann das Armutsproblem nicht gelöst werden – dennoch sind auch hier Verbesserungen möglich.

Mit dem Düsseldorfpass bekommen Menschen mit geringem Einkommen in Düsseldorf Vergünstigungen bei städtischen Institutionen und Partnern aus Kultur, Wirtschaft und Sport. Ein hoher bürokratischer Aufwand schreckte in der Vergangenheit jedoch oftmals davor ab, den Pass zu beantragen. DIE LINKE Ratsfraktion forderte im Sozialausschuss und Stadtrat daher verschiedene Maßnahmen zur erleichterten Vergabe.

Einen ersten Erfolg gab es 2017. Seitdem wird der Düsseldorfpass allen Beziehenden von Transferleistungen wie Hartz IV, Sozialgeld und Grundsicherung automatisch zugeschickt. Damit erhalten nahezu doppelt so viele Menschen wie zuvor die Teilhabekarte.

Für Geringverdienende ist der Antrag zum Erhalt des Düsseldorfpasses allerdings

noch immer ein bürokratischer Akt, der Jahr für Jahr wiederholt werden muss. Auch Seniorinnen und Senioren mit einer Mini-Rente mussten bisher jedes Jahr ihre Einkünfte offenlegen und ihre Bedürftigkeit nachweisen. Aus Sicht der LINKEN ein Hohn, da bei Rentnerinnen und Rentnern eine Änderung der Einkommensverhältnisse sehr unwahrscheinlich ist.

Die Stadt Köln ist in dieser Hinsicht seit langem

weiter: Seniorinnen und Senioren mit geringerer Rente erhalten den Kölnpass, das Pendant zum Düsseldorfpass, unbefristet. DIE LINKE Ratsfraktion forderte daher seit vielen Jahren eine vergleichbare Regelung für Düsseldorf. Lange fand sich bei den anderen Parteien im Sozialausschuss und Stadtrat keine Unterstützung. Im Juli 2018 brachte DIE

LINKE dann erneut eine Initiative in den Stadtrat ein – diesmal mit Erfolg.

Die Verwaltung wurde beauftragt zu prüfen, wie der Düsseldorfpass auch länger-



Endlich mal gute Nachrichten
Foto: © Canstockphoto/aletia

fristig für Seniorinnen und Senioren ausgestellt werden kann. In der Ratssitzung im September 2019 erhielt dann eine Verwaltungsvorlage eine Mehrheit, die sich an den Forderungen der LINKEN orientierte: Ab 2020 bekommen alle anspruchsberechtigten Rentnerinnen und Rentner den Düsseldorfpass unbefristet ausgestellt.

Zu wenige Frauenhausplätze

Jede dritte Frau hat mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Partnerschaftsgewalt erlebt. Die Zahl in NRW stieg 2017 auf 31.695 Fälle.

Laut Bericht des Landeskriminalamt stirbt im Durchschnitt jede Woche eine Frau in NRW infolge von häuslicher Gewalt. Betroffen sind Frauen aller sozialen Schichten.

Schnelle Hilfe kann nur gewährleistet werden, wenn ausreichend Plätze in Frauenhäusern vorhanden sind. Ende 2017 ist Deutschland dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt beigetreten. Dieses beinhaltet, dass für eine Familie pro 10.000 EinwohnerInnen ein Platz in einer sicheren Unterkunft zur Verfügung stehen soll. Für Düsseldorf wären das bei aktuell 640.000 Einwohnern 64 Plätze.

Derzeit gibt es in Düsseldorf jedoch nur 29 Frauenhausplätze. So ist es nicht verwunderlich, dass bei Frauen helfen Frauen e.V. 122 Frauen und beim Internationalen Frauenhaus 139 Frauen wegen Vollbelegung abgewiesen werden mussten.

Das Land NRW startete im Februar 2019 eine wissenschaftliche Untersuchung mit dem Ziel, das Angebot zu optimieren. Erste Ergebnisse sollen im Frühjahr 2020 veröffentlicht werden.

Auf dem Weg zum 365-Euro-Ticket

Zu wenige Menschen steigen auf Bus und Bahn um. Zwei Gründe könnte die Stadt kurzfristig ausräumen: Das Tarifsystem der Rheinbahn ist zu kompliziert und die Tickets sind zu teuer. Deshalb stellt DIE LINKE jedes Jahr den Antrag, dass die Stadt ein Düsseldorf-Ticket zum Preis von 365 Euro im Jahr anbietet. Auch aus der SPD gab es Stimmen dafür. Vor einem Jahr vom SPD-Vorsitzenden Rimkus, diesen Sommer von Oberbürgermeister Geisel. Gefolgt ist bis heute nichts. Den Antrag der LINKEN für ein 365-Euro Ticket lehnte die SPD ab. Jetzt stellt der Jugendrat einen Antrag an den Stadtrat, das 365-Euro-Ticket endlich einzuführen. „Unser Antrag zur Einführung eines 365-Euro-Tickets wurde vor einem Jahr von allen Parteien abgelehnt. Umso mehr begrüßen wir, dass jetzt Druck entsteht, ein solches Ticket einzuführen“, so Anja Vorspel, verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN Fraktion. „Mittelfristig strebt DIE LINKE einen kostenlosen Nahverkehr an. Das 365-Euro-Ticket ist ein erster Schritt.“

Hickhack um Gemeinnützigkeit

Es erscheint wie eine gemeinsame Aktion der Finanzämter. Mit nachträglicher Aberkennung der Gemeinnützigkeit soll kritischen Organisationen und Vereinen die Finanzierung und damit die Arbeitsfähigkeit entzogen werden. Nur bei Gemeinnützigkeit bekommen SpenderInnen die Hälfte des Geldes über die Steuer zurückerstattet. Bekannt wurde der Fall von attac. Gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit reichte das globalisierungskritische Netzwerk Klage ein. Aber auch anderen droht das gleiche Schicksal, so z.B der VVN, der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen“. Sie ist die älteste Organisation von Opfern von WiderstandsteilnehmerInnen gegen das NS-Regime. Es ist schon bemerkenswert, dass kritische Vereine bedroht sind, eine vom Krieg profitierende, militärische Lobbyorganisation wie die „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik“ aber nicht. Gegen die Aberkennung stellte DIE LINKE zusammen mit der SPD einen Antrag. Der Rat solle sich bei der Landes- und Bundesregierung für die Beibehaltung der Gemeinnützigkeit für zivilgesellschaftliche Aufklärung einsetzen. Die Grünen mussten aber einen Alleingang machen und stellten einen verwässerten Änderungsantrag, der um des lieben Friedens willen, dann von SPD und LINKEN angenommen wurde.

LEG: früher mal gemeinwohlorientiert

LEG bedeutet „Landesentwicklungsgesellschaft“. Das war bis 2008 die NRW-eigene gemeinnützige Immobiliengesellschaft. Dann verkaufte die damalige schwarz-gelbe Landesregierung an einen amerikanischen Immobilienkonzern. Der brachte die LEG 2013 an die Börse. 2018 lief die vereinbarte Sozialcharta aus und der Konzern bekam freie Hand, seine Profitinteressen durchzusetzen. Er erhöht drastisch Mieten durch Modernisierungen und MieterInnen, die das nicht bezahlen können, werden auf die Straße gesetzt. Eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE ergab, dass 2018 von 597 Zwangsraumungsandrohungen 126 von der LEG stammten. Das sind 21 Prozent aller Düsseldorfer Zwangsraumungen. Die LEG besitzt allerdings nur 1,45 Prozent aller Düsseldorfer Wohnungen. Für jede der 66.180.000 Aktien zahlte die LEG dieses Jahr eine Dividende von 3,78 Euro. Das bedeutet: Von jeder Monatsmiete gehen circa 150 Euro direkt an die Aktionäre.

Gifte gehen in die Luft

Abfälle aus Kläranlagen werden umweltschädlich entsorgt

DIE LINKE hat im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen in Erfahrung gebracht, dass drei Viertel der 16.000 Tonnen Klärschlamm aus den zwei Düsseldorfer Klärwerken als „Ersatzbrennstoff“ in Zementkraftwerken und Kohlekraftwerken verfeuert werden.

Diese Mitverbrennung von Sondermüll ist für Kraftwerksbetreiber und Abfallerzeuger zwar legal und kostengünstig, aber sie ist höchst umweltschädlich. Schadstoffe bis hin zu Quecksilber gelangen in die Luft, weil insbesondere Kohlekraftwerke weit schlechtere Filtersysteme haben als Müllverbrennungsanlagen oder spezialisierte Verbrennungsanlagen. Wie viel Gift dabei in die Luft geht, sieht die Stadt aber nicht als ihr Problem.

Ein Ende dieser systematischen Luftverschmutzung kommt auf einem Umweg: Klärschlamm enthält Phosphor. Der Stoff ist wertvoll und selten und soll deshalb recycelt werden. Das ist bei der Verfeuerung als „Ersatzbrennstoff“ nicht möglich. Mit zehnjähriger Übergangsfrist wird deshalb die Rückgewinnung ab 2029 verpflichtend.

Das stellt die Kommunen vor ein Problem; die Rückgewinnungstechnik ist

noch experimentell, zulässige Entsorgungswege fehlen. Daher spricht der Verband Kommunaler Unternehmen von einem „Entsorgungsnottstand“ in manchen Regionen. Als Lösung wird favorisiert, den Klärschlamm weiterhin zu verbrennen, aber den Phosphor mit Filtern zurückzuhalten und die Asche zu lagern, bis eine Phosphorrückgewinnung technisch möglich und wirtschaftlich ist. Aber auch hier gibt es eine Schwierigkeit: Geeignete Monoverbrennungsanlagen mit effizienteren Filtersystemen müssen in ausreichender Zahl erst noch gebaut werden. Bis zum Jahr 2023 müssen die Kommunen ihre neuen Entsorgungskonzepte dem Landesumweltministerium vorlegen.

Die Stadt Düsseldorf kooperiert mit anderen Städten und Regionalverbänden, um eine Verbrennungsanlage in Wuppertal zu errichten und gemeinsam zu betreiben. Düsseldorf darf die neue Anlage dann zur Verbrennung von 4.000 Tonnen



Garantiert ungesund
Foto: (CCO) pixabay/Quartzla

getrocknetem Klärschlamm nutzen; das ist nur ein Drittel der anfallenden Gesamtmenge. Die restlichen zwei Drittel des Schlammes (8.000 Tonnen) sollen weiterhin als Ersatzbrennstoff in zugelassenen Verbrennungsanlagen verheizt werden.

Hier zeigt die Stadt die gleiche Haltung wie zuvor: Was aus dem Gift im Schlamm wird, interessiert nicht, weil die Kraftwerksbetreiber verantwortlich sind. Gefährlich: Die Stadtverwaltung geht einfach davon aus, dass es bis 2029 genügend Kraftwerke geben wird, welche den neuen Bestimmungen genügen.

Not Heidis Girl

Germany's Next Topmodel – frauenverachtend und jugendgefährdend

Die LINKE fragte im Gleichstellungsausschuss nach Kriterien zur Raumvergabe in städtischen Gebäuden. Besonderes Augenmerk richtete sich bei der Anfrage auf die Sendung Germany's Next Topmodel (GNTM), die ihre Schlussveranstaltungen 2018 und 2019 im ISS-DOME ausrichtete. Eine weiteres Finale ist für 2020 im ISS DOME angekündigt. Eigentümerin des ISS-Dome ist die Stadt Düsseldorf über die städtische Tochterfirma D.Live.

Das Format GNTM ist frauenverachtend und jugendgefährdend. Mit der Bereitstellung von Räumlichkeiten für das Format GNTM sendet Düsseldorf eine falsche Botschaft aus. Studien, welche die LINKE für ihre Anfrage hinzugezogen hat, belegen den unmittelbaren negativen Einfluss auf das Selbstbild von jungen Mädchen bis hin zur Essstörung.

Das Internationale Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI) führte eine repräsentative Befragung unter Kindern und Jugendlichen durch. Bei Mädchen, die GNTM schauen, ist die Einschätzung „zu dick zu sein“ deutlich höher, als bei den Mädchen, die nie GNTM gesehen haben. Eine zweite Studie wurde gezielt mit Hilfe von PatientInnen mit

Essstörung in therapeutischer Behandlung durchgeführt. Hier bekannten sich 83 Prozent Prozent der Befragten, dass GNTM die Sendung ist, die für sie das Schönheitsideal widerspiegelt. 72 Prozent gaben weiterhin an, dass GNTM einen sehr starken Einfluss auf ihre Krankheit gehabt habe. Sogar das Deutsche Ärzteblatt warnte 2012, dass Germany's Next Topmodel die Tendenz zu Bulimie oder Magersucht verstärkt. Die Sendung inszeniert ausschließlich körperliche Ausnahmeserscheinungen junger Frauen.



Einfach essen worauf man Bock hat
Foto: © (CCO) pexels

Zusätzlich zu den Zusammenhängen mit Essstörungen werden die Kandidatinnen in der Sendung als Ware behandelt. Das Ergebnis ist die Darstellung eines neuen Sexismus, dem sich Frauen angeblich freiwillig unterwerfen. Unter dem Vorwand, die Frauen auf das harte Business vorzubereiten, schaffen die Juroren Raum, die Teilnehmerinnen dauerhaft öffentlich zu demütigen.

Der Rat der Stadt Düsseldorf hat im März 2019 beschlossen Kriterien für die Vergabe von Räumlichkeiten zu entwickeln. Die Verwaltung arbeitet noch an einem Gesamtkonzept. DIE LINKE verweist vor allen Dingen auf die Studien, die hinreichend belegen, dass das Konzept von GNTM als jugendgefährdend eingeordnet werden kann. Damit darf GNTM nach Meinung der LINKEN nicht mehr in städtischen Räumlichkeiten stattfinden.

CDU-Ratsmitglied Andreas Auler warf der kritischen Anfrage der LINKEN vor, sich wie George Orwell in 1984 als Gedankenpolizei aufzuspielen. Wir empfehlen ihm, die Studie zu lesen.

Die Studie als download:
Fernsehen im Kontext von Essstörungen
<https://www.anad.de>

Immer mehr Kurzstreckenflüge

Klimabelastung durch Düsseldorfer Flughafen

Das Geschäft mit billigen Kurzstreckenflügen boomt am Düsseldorfer Flughafen. Mehr als die Hälfte aller Flüge von und nach Düsseldorf gehen über Entfernungen, auf denen früher die Bahn genutzt wurde. Das ergab eine Anfrage der LINKEN im Stadtrat.

Anja Vorspel, verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN sagt dazu:

„Düsseldorf hat den drittgrößten Passagierflughafen Deutschlands. Wenn an diesem Flughafen 53 Prozent der Flüge Ziele wie Berlin oder München ansteuern, könnte eine gewaltige Menge Kohlendioxid eingespart werden. Man muss den Reisenden jedoch einen Anreiz geben, für Kurzstrecken auf die Schiene umzusteigen. DIE LINKE will deshalb, dass die Bahn attraktiver wird. Die Ticketpreise müssen um die Hälfte gesenkt und das Angebot ausgebaut werden.“

2018 fanden laut statistischem Bundesamt beispielweise von und nach München 12.717 Flüge mit 1.422.715 Passagieren statt, nach Berlin-Tegel 11.095 Flüge mit 1.198.377 Passagieren. Für Düsseldorf bedeuten die Kurzstreckenflüge eine zusätzliche Luftverschmutzung. Ein einfacher Flug nach Berlin mit einem Airbus verursacht pro Person 126kg CO₂. Laut Umweltbundesamt würde eine Bahnreise nur ein Sechstel der Treibhausgase verursachen. Der Flughafen produzierte laut eigenen Angaben im

Jahr 2017 insgesamt 238.114 Tonnen CO₂. Das sind zu den knapp 4 Millionen Tonnen CO₂, welche die Stadt selbst verursacht, noch einmal sechs Prozent „oben drauf“.

Um die CO₂-Belastung zu senken, sollte die Stadt sich dafür einsetzen, dass die Zahl der Kurzstreckenflüge sinkt: Schließlich besitzt die Stadt die Hälfte der Anteile an der Flughafen AG. Im Aufsichtsrat der AG sitzen neben dem Oberbürgermeister Ratsmitglieder von CDU, FDP, SPD und Grünen.

Auf die Frage der LINKEN, wie die

städtischen VertreterInnen im Aufsichtsrat ihren Einfluss wahrnehmen, um die Zahl der Kurzstreckenflüge zu senken, antwortete die Verwaltung: „Die Stadt Düsseldorf nimmt ihre Aufgaben als Anteilseignerin der Flughafen Düsseldorf GmbH grundsätzlich in den Aufsichtsrat und Gesellschaftsgremien durch städtische Vertreter wahr.“

Diese Antwort ist nicht zufriedenstellend. DIE LINKE wird weiterhin mit Anfragen die Rolle des Flughafens für die Luftqualität in Düsseldorf kritisch hinterfragen.



Ein Tag ohne Fahrschein, ein Tag ohne Autos

Wie eine Forderung der LINKEN von der Stadt umgesetzt wurde

Düsseldorf erlebte am 15. September eine autofreie Innenstadt im Mini-Format. Aber so klein das Gebiet für diesen Versuch war, so revolutionär war dieser Schritt für eine Stadt, die jahrzehntelang „autogerecht“ geplant wurde. Ohne Autos änderten sich Platzverhältnisse und Gefühl auf den Straßen. Für die Verkehrsplanung lieferte das Experiment des autofreien Tags Erfahrungswerte.

Zustande kam der autofreie Tag nur, weil die Stadtverwaltung aus Furcht vor gerichtlich angeordneten Fahrverboten zeigen will, dass sie sich ernsthaft um eine Einhaltung der Abgaswerte bemüht. Sogar, wenn sie dafür auf Vorschläge der LINKEN zurückgreifen muss.

Anfang 2016 sah das noch völlig anders aus: Im Verkehrsausschuss stellten wir den Antrag auf einen autofreien Tag noch im gleichen Jahr. Das wurde bei Enthaltung der Grünen von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Aber der ADFC brachte dieselbe Idee

in den Anregungs- und Beschwerdeausschuss. Der wandte sich wieder an den Verkehrsausschuss und so wurde die Verwaltung doch mit dem Konzept beauftragt. Fast zwei Jahre lang tat sich dann trotz Nachfragen nichts.

Schließlich beantragte DIE LINKE zur Sitzung des Rates im Mai 2019 erneut



einen autofreien Tag. In der gleichen Sitzung ließ die Stadtverwaltung die Bombe platzen: Sie plante jetzt doch von sich aus einen autofreien Tag.

Später stellte sich heraus, dass die Verwaltung nur einen sehr kleinen Bereich der Innenstadt für Autos sperren wollte. Eine oft wiederholte Forderung der LINKEN wurde von den Ampelfraktionen im April erfüllt – ein Probetag für einen fahrscheinfreien (kostenlosen) öffentlichen Personennahverkehr!

Am 15. September war es dann soweit. Der Oberbürgermeister hatte den autofreien Tag voller Stolz verkündet und als eigene Idee dargestellt. Die Stadt feierte sich für ihre Fortschrittlichkeit. Im Vergleich zu anderen europäischen Städten backte Düsseldorf am autofreien Tag aber ziemlich kleine Brötchen. Viel wichtiger als der bescheidene Rahmen des Versuch ist trotzdem: Was DIE LINKE drei Jahre lang forderte, wurde Wirklichkeit – alle DüsseldorferInnen fuhrten fahrscheinfrei und es funktionierte! DIE LINKE wird im Stadtrat weiter für sozial gerechte und umweltfreundliche Verkehrslösungen arbeiten.

Wohngeld in Düsseldorf

Immer mehr Menschen sind trotz Erwerbsarbeit nicht in der Lage, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Das Wohngeld soll verhindern, dass sie allein wegen zu hoher Wohnungskosten auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind oder aufgrund steigender Mieten ihr soziales Umfeld verlassen müssen. Ob ein Rechtsanspruch auf Wohngeld besteht, hängt unter anderem von der Höhe der Miete und des Einkommens ab. Wie sich die Situation in Düsseldorf darstellt, hat DIE LINKE im Wohnungsausschuss erfragt.

Laut Antwort der Stadtverwaltung sind auch hier viele Menschen auf Wohngeld angewiesen – rund 9.000 Haushalte erhielten die Unterstützung im vergangenen Jahr. Der Zuschuss betrug dabei im Monat durchschnittlich 209 Euro. Um über das Thema zu informieren, führt die Stadt Düsseldorf jedes Jahr mehrere Informationsveranstaltungen durch. Seit der letzten Wohngeldnovelle zum Jahresbeginn 2016 ist deren Anzahl jedoch deutlich zurückgegangen - von neunzehn Veranstaltungen in 2016 über zwölf in 2017 auf lediglich vier in 2018.

Sozialticket muss günstiger werden

Seit 2019 ist das Sozialticket in ganz NRW erhältlich; mittlerweile haben es alle Städte eingeführt. Für die Anspruchsberechtigten wird es jedoch immer schwieriger, das Ticket zu bezahlen.

Der Ticketpreis hat sich in den vergangenen Jahren drastisch erhöht. Nach einer erneuten Steigerung Anfang des Jahres kostet es in Düsseldorf aktuell 38,65 Euro. Hartz-IV-Beziehende müssen damit rund zehn Prozent ihres Einkommens für das Ticket aufbringen.

Eine Anfrage der LINKEN im Sozialausschuss hat ergeben: In Düsseldorf sind zwar über 70.000 Personen zum Erwerb des Sozialtickets berechtigt, aufgrund des hohen Preises wurden jedoch weniger als 16.000 Tickets verkauft. DIE LINKE fordert eine deutliche Senkung des Ticketpreises. Ein günstigeres Sozialticket ist notwendig und finanzierbar. Höhere Fahrgastzahlen führen außerdem zu Mehreinnahmen für die Rheinbahn, die Zahl der Schwarzfahrer würde sinken. Nur so kann das Recht auf Mobilität auch für Menschen mit geringem Einkommen gewährleistet werden.

Stadt lässt Pflanzenbeete niedermähen

Jedes Frühjahr das gleiche Bild: Liebevoll gepflegte Blumenbeete an Baumscheiben werden im Auftrag der Stadt abgemäht. Dabei sind diese Baumscheiben offiziell von AnwohnerInnen „adoptiert“ worden. Die Stadt zeigt sich hilflos: Man gebe den Fremdfirmen, die mit der Pflege der städtischen Grünflächen beauftragt sind, ausdrückliche Anweisungen, dies nicht zu tun. Weder gepflegte Blumenbeete, noch Wildkräuter oder Wildblumen sollen abgemäht werden. Die Firmen halten sich leider nicht daran. Oft sind die Beschäftigten der Fremdfirmen einfach nicht fachlich ausgebildet. Weil sich daran seit Jahren nichts ändert, stellte DIE LINKE im Juni im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen den Antrag, dass nur noch geschulte Beschäftigte des Gartenamtes städtische Grünflächen schneiden dürfen. Das wurde mit der Begründung zurückgewiesen, dass das Gartenamt zu wenige Beschäftigte habe. Kein Wunder: Die Stadt hat 13 Prozent weniger Personal als im Stellenplan vorgesehen. Die Stadt spart; die Beschäftigten sind überlastet; die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer leiden unter schlechtem Service. DIE LINKE fordert daher seit Jahren, dass offene Stellen besetzt werden.

Stadtklima schützen, Vorgärten bepflanzen

Im Sommer wurde erneut spürbar, wie viel Hitze Straßenpflaster und Beton abstrahlen. Darum zog es die Menschen in die Stadtparks. Gleichzeitig gibt es immer mehr Vorgärten ohne jedes Grün. Vorgärten mit Steinen, Schotter, Kies und Split finden viele Menschen schick und pflegeleicht. Dank wasserdichter Folien wächst zwischen den Steinen kein Unkraut, kein Gras und keine Blume mehr. Keine Nahrung für Bienen und andere wichtige Insekten. Versiegelte Flächen heizen sich in der Sonne stark auf; ohne Pflanzen gibt es keine Abkühlung durch Verdunstung. Bei Starkregen wiederum kann das Wasser nicht versickern, sondern belastet die Kanalisation. Darum stellte DIE LINKE Ratsfraktion den Antrag, die Versiegelung von Vorgärten zu beschränken. Mit SPD und Grünen einigte man sich dann, dass zunächst die Verwaltung Vorschläge erarbeiten soll. Mit diesen Ergänzungen stimmte der Stadtrat dem Antrag der LINKEN zu.

Autohersteller sollen blechen

Diesel-Skandal: Stadt lehnt Klage gegen Hersteller ab

Die Autokonzerne haben mit ihrem großangelegten Betrug bei den Diesel-Abgaswerten auch die Stadt Düsseldorf geschädigt. Nach Auffassung der LINKEN müssen die Autokonzerne, für die Kosten aller hektisch eingeführten Maßnahmen gegen Luftverschmutzung haftbar gemacht werden. Wie hoch diese Kosten für die Stadt Düsseldorf genau sind und ob die Stadt die Verursacher auf Schadensersatz verklagt, wollte DIE LINKE am 6. Juni im Umweltausschuss erfahren.

DIE LINKE sprach an, dass im Juli 2018 beschlossen wurde, 89 umweltfreundlichere Busse vorzeitig anzuschaffen und weitere 155 Busse mit Abgasreinigungstechnik nachzurüsten. Die neuen Rheinbahn-Busse sollten zuerst auf der besonders belasteten Corneliusstraße fahren, damit diese nicht für Dieselfahrzeuge gesperrt werden muss.

Die Luftmessstation an der Corneliusstraße zeigt jedes Jahr starke Überschreitungen der Schadstoffgrenzwerte. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Juni darf die Stadt diesen Wert nicht mehr „schönrechnen“, indem

ein Mittelwert für die ganze Stadt gebildet wird.

Die Flottenumstellung kostet die Rheinbahn gut 40 Millionen Euro. Die Zuschüsse der Städte Düsseldorf, Mettmann und Neuss an die Rheinbahn erhöhen sich u.a. deswegen für 2018 um 11 Millionen auf 76,5 Millionen Euro; allein die Stadt Düsseldorf trägt davon 50 Millionen Euro und damit auch zwei Drittel der Mehrkosten.

Als Beleg für den Zusammenhang zwischen dem Diesel-Skandal und Maßnahmen der Stadt führte DIE LINKE das Beispiel der Düsseldorfer Umweltschadstoffe an: Die Vorlage der Stadtverwaltung zu

den Umweltschadstoffen trug ganz plump den Titel „Aufforderung des Ministeriums zur Luftreinhaltung zur Vermeidung von Dieselfahrverboten“.

Trotz dieses eindeutigen Titels leugnete das Düsseldorfer Umweltamt in seiner Antwort auf die Anfrage der LINKEN jeden Zusammenhang ab: „[Es] sind der Stadt aufgrund des Dieselskandals keine Kosten entstanden, so dass für die Klageerhebung kein Grund besteht.“

Die Stadt scheut unter SPD, Grünen und FDP den Konflikt mit den Autokonzernen also genau so wie die Bundesregierung aus SPD und CDU.



Ein Geschenk für Immobilienspekulanten

Stadtrat vergibt Chance für wirkungsvollen Wohnraumschutz

Seit Jahren versucht die Ratsfraktion DIE LINKE immer wieder, eine Mehrheit im Stadtrat für eine wirkungsvolle Zweckentfremdungssatzung zu erreichen. Ziel einer Zweckentfremdungs- oder Wohnraumschutzsatzung ist, einer Stadt die Möglichkeit zu geben, wirksam gegen Leerstandsspekulation und Missbrauch durch hotelähnliche Vermietungen der Wohnungen vorzugehen.

SPD und Grüne waren zwar bereit, eine Satzung abzuschließen, scheiterten aber am Widerstand der FDP. Da es für eine Mehrheit notwendig war, dass nicht alle aus dem rechten Block mit FDP und CDU stimmen, enthielten sich Teile der SPD und die Grünen bei einer entscheidenden Abstimmung.

Durch die Initiativen der LINKEN und Aktionen des „Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum“ wurde dann der Druck auf den Stadtrat immer stärker, endlich etwas gegen die Zweckentfremdung von Wohnungen zu unternehmen. So erklärte sich die FDP in der Juni-Sitzung bereit, an einem Entwurf mitzuwirken. DIE LINKE stellte daraufhin ihren Entwurf bis zur nächsten Sitzung zurück.

In einer Sondersitzung am 28. August standen im Stadtrat also zwei Entwürfe zur Abstimmung.

DIE LINKE brachte zum wiederholten Mal ihren Entwurf ein. Dieser gibt einer

Kommune die Möglichkeit, mit Kontrollen und dem notwendigen Personal wirkungsvoll gegen Wohnungsmisbrauch vorzugehen. Die Genehmigung für Zweckentfremdung ist die Ausnahme und erfordert eine Ausgleichszahlung, die zweckgebunden für bezahlbaren Wohnraum genutzt werden kann. Leerstand muss nach drei Monaten beantragt werden. Meldepflicht und Genehmigung muss für alle Wohnräume gelten, egal ob öffentlich gefördert oder frei finanziert. Alles dies fehlt in der von der Ampel im Stadtrat beschlossenen Fassung.

Als die Fraktion DIE LINKE vor drei Jahren begann, die Notwendigkeit einer Zweckentfremdungssatzung deutlich zu machen erklärte die FDP „Mit uns wird es keine Zweckentfremdungssatzung geben“. Der Entwurf der Ampel setzt diese Aussage um. Das ist kein Wohnraumschutz. So beantragte die Ampel, dass Wohnraum, der ununterbrochen und in Zukunft anderen Zwecken als Wohnen dient, nicht unter die Satzung fällt.

Das bedeutet, dass die 13.000 leerstehenden Wohnungen und die mehreren Tausend, die als Touristenwohnungen in Internetportalen wie AirBnB angeboten werden, ihr mieses Geschäft weiter betreiben können. Leerstand soll nicht wie überall üblich nach drei Monaten, sondern erst nach sechs Monaten genehmi-

gungspflichtig werden.

Mietwohnungen, die in Eigentumswohnungen umgewandelt werden sollen, dürfen sogar 12 Monate leer stehen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was notwendig ist.

Die Genehmigung zur Zweckentfremdung soll nicht die Ausnahme, sondern die Ablehnung soll die Ausnahme in der Ampelsatzung sein. Dies war die neoliberale Handschrift der FDP. Dass SPD und Grüne dies mitmachten, zeigt, wie wenig wichtig ihnen das Thema in Wahrheit ist.

Das „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ forderte vor der Sondersitzung am 19. September alle Ratsmitglieder in einem Schreiben u. a. auf, keinen Bestandsschutz für Wohnungsmisbrauch zu gewähren. In mehreren Aktionen vor dem Rathaus und vor einer AirBnB Wohnung zeigte das Bündnis, wie notwendig eine wirkungsvolle Satzung ist.

Es gab einen kleinen Erfolg. In einem Punkt gab die Ampel während der Ratsdebatte nach: Touristenwohnungen sind ab sofort meldepflichtig. Die notwendigen Durchsetzungsmöglichkeiten fehlen allerdings. Es wird noch viel Druck auf den Stadtrat notwendig sein, um eine Satzung zu bekommen, die sich an den Interessen der Wohnungssuchenden und nicht an denen der Spekulanten orientiert.

Kriegerdenkmal am Reeser Platz

Gedenken oder Verherrlichung?

Das Denkmal am Reeser Platz in Golzheim wurde im Juli 1939 am Rande des Schlageter-Viertels, einer NS-Mustersiedlung, eingeweiht. Es sollte an die im Ersten Weltkrieg getöteten Soldaten des 39. Füsilierr-Regiments erinnern. Es war aber von Anfang an ein Denkmal der Kriegsverherrlichung und ist ein historisches Zeugnis für den Krieger- und Totenkult des Nationalsozialismus. Über dem Tor ist die Inschrift „Für des Deutschen Volkes Ehre und Freiheit“ zu lesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Namen von eroberten Städten unerlaubt eingemeißelt.

Nach Meinung von Dr. Bastian Fleermann, dem Leiter der Mahn- und Gedenkstätte, ist das Denkmal „nach Entstehungszeit, Kontext und Nutzung als nationalsozialistisch einzustufen“.

1946 entschied der damalige Stadtrat, das Denkmal als kriegsverherrlichendes Werk abzureißen. Dazu kam es nicht. 2002 wurde es unter fort dauernden Denkmalschutz gestellt. 2014 entschied die zuständige Bezirksvertretung aufgrund eines Antrags der LINKEN, dass auf dem Reeser Platz ein Mahnmal errichtet wird, „das zeitgemäß den Kampf gegen Militarismus und Krieg darstellt.“ Nach endlosen Diskussionen wurde letztes Jahr die Kunstkommission der Stadt beauftragt, einen Ideenwettbewerb dazu auszuschreiben. Entwürfe

können nun eingereicht werden; die Entscheidung des Preisgerichts soll Ende Mai 2020 erfolgen.

Immer noch werden am Kriegerdenkmal Kränze niedergelegt. Zum „Gedenken“ wird die sogenannte Krypta benutzt, die eigentlich öffentlich nicht zugänglich ist.



Am 5. September hat DIE LINKE Ratsfraktion deshalb im Kulturausschuss eine Anfrage gestellt. Darin fragten wir, wie es kommt, dass in der Krypta, die mit einem Tor verschlossen ist, Gedenkveranstaltungen stattfinden. Die Verwaltung antwortete, dass ein Schlüssel einer Privatperson ausgehändigt wurde, die sich um „die Sauberkeit und Dekoration“ der Krypta kümmert. Auf Nachfrage stellte sich allerdings heraus, dass die Verwaltung keinen Überblick hat, wer tatsächlich diesen Schlüssel besitzt. In der an-

schließenden Diskussion wurde klar, dass die Mehrheit des Ausschusses dafür ist, den Schlüssel einzuziehen. Das lehnte die Verwaltung ab, da dazu erst einmal ein Antrag gestellt werden müsse.

Neben der Schlüsselfrage haben wir auch danach gefragt, ob es nicht mög-

lich sei, den Zugang zur Krypta zu öffnen, um dadurch zu verhindern, dass dort „geheime“ Gedenkveranstaltungen stattfinden. Auch das hat die Verwaltung mit dem Hinweis auf den Ideenwettbewerb zum „Gegendenkmal“ abgelehnt. Außerdem sei eine solche Maßnahme mit dem Denkmalschutz abzustimmen.

Wenn das Denkmal schon nicht abgerissen werden kann, muss wenigstens dafür gesorgt werden, dass dort keine obskuren Gedenkveranstaltungen stattfinden.

Es geht nur schleppend voran

Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden

Durch Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz sind sogenannte Bürgersolaranlagen, bei denen Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Investitionen in Photovoltaik-Anlagen vornehmen, sinnlos geworden. Bereits 2015 wurde festgeschrieben, dass jeder Betreiber einer Anlage einen Teil des Stroms als Eigenbedarf nutzen muss. Das ist bei einer Bürgersolaranlage allerdings praktisch nicht umsetzbar. Bei einer städtischen Photovoltaikanlage stellt dies jedoch überhaupt kein Problem dar. Der Strom, der selbst genutzt wird, ist in der Regel und auf Dauer gerechnet sogar preiswerter und entlastet die städtischen Finanzen.

Für jede Kilowattstunde, die die Stadt Düsseldorf verbraucht, investiert die Stadt einen Eurocent in dezentral erzeugte Energien. Für diese Investitionen wurden in den städtischen Haushalten 2016 bis 2019 jeweils eine Million Euro eingestellt. Zehn Prozent dieser Summen sind für den Ausbau von Photovoltaikanlagen auf den Dächern städtischer

Gebäude vorgesehen. In den letzten vier Jahren standen also für diese Anlagen 400.000 Euro zur Verfügung.

Um zu erfahren, auf welchem Stand der Ausbau von städtischen Photovoltaikanlagen ist, haben wir im Umweltausschuss eine entsprechende Anfrage gestellt. Aus



der Antwort der Verwaltung geht hervor, dass seit 2017 drei Anlagen realisiert wurden, die insgesamt eine Leistung von rund 283 kWp haben. Damit ist die Erzeugung von bis zu 283.000 Kilowattstunden pro Jahr möglich. Dafür wurden 617.000 Euro bereitgestellt.

DIE LINKE Ratsfraktion fordert, dass bei Neubau und Sanierung von städtischen Gebäuden generell Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern installiert werden. Besonders bei den vielen Schulneubauten, die in den nächsten Jahren realisiert werden sollen, wäre dies möglich. Bei gezielten Nachfragen haben wir jedoch festgestellt, dass ein entsprechendes Bewusstsein in der Verwaltung in vielen Fällen noch nicht angekommen ist.

Allerdings wäre dieses Bewusstsein dringend notwendig, auch nachdem in Düsseldorf der Klimanotstand ausgerufen wurde. Nur durch Nutzung aller Möglichkeiten, alternative Energie zu gewinnen, besteht noch eine Hoffnung, die Klimakatastrophe aufzuhalten.

Zehntausende Tierversuche in Düsseldorf

In Düsseldorf werden jedes Jahr zehntausende Tierversuche durchgeführt. An der Heinrich-Heine-Universität fanden in der „Zentralen Einrichtung für Tierforschung und Tierschutzaufgaben“ (ZETT) im Jahr 2018 Experimente an 29.490 Mäusen, 4.562 Ratten, 54 Kopffüßler, 22 Kaninchen, 8 Hunden, 21 Schweinen und 5 Schafen statt. Im „Deutschen Diabetes-Zentrum“ (DDZ) wurden an 1.192 Mäusen, 72 Ratten und 2 Kaninchen und im „Leibniz Institut für Umweltmedizinische Forschung“ (IUF) an 3.131 Mäusen Tierversuche durchgeführt. Die Zahl der Ratten und Mäuse ist eine Schätzung nach Anzahl der Käfige. Viel zu viele, aus Sicht des Tierschutzes.

Außerdem gibt die Kontrolle der Versuchseinrichtungen durch das städtische Veterinäramt Anlass zur Sorge; es fehlt offenbar am nötigen Personal.

Wegen des „damit verbundenen hohen Aufwands“ fanden im Jahr 2018 keine Kontrollen im DDZ und IUF statt. Sie wurden in das erste Quartal 2019 verschoben. Im ZETT gab es zwei Kontrollen, in den Außenstationen des ZETT 14. Wenn man einen wirklichen Tierschutz will, reicht die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben nicht aus. DIE LINKE fordert die weitgehende Abschaffung von Tierversuchen. Die Erforschung alternativer Testmethoden muss gefördert werden.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Meikel Friebe, Inge Heuschen, Michael Driever, Christian Jäger, Ben Klar, Sophie Würdemann

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook: LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

25.000

Ist Graffiti Kunst oder kann das weg?

Seit März 2017 setzt sich DIE LINKE für mehr legale Außenflächen für Graffitikunst in Düsseldorf ein. Bekannt ist die „Hall of Fame“ am S-Bahnhof Eller, die der Verein Verbunt e. V. betreibt. Auf Antrag der LINKEN beschloss der Kulturausschuss eine Prüfung von weiteren freien Flächen für Graffiti in Düsseldorf.

Noch 2017 äußerte sich das neue Kompetenz- und Kreativzentrum der Stadt (KomKuk) in einer Pressemitteilung: „Wir sind bemüht, weitere Flächen für Urban Art im Bestand der Stadt und nach Möglichkeit auch darüber hinaus zu organisieren.“ Im Mai 2019 musste die LINKE nachhaken. Sie stellte einen Antrag, das gesamte Stadtgebiet als legale Graffitifläche für die Kunstschaffenden freizugeben, denn es gibt keine weiteren Flächen für die KünstlerInnen.

Die Stadt dagegen möchte eine domestizierte Szene haben und feierte sich im September zum vierten Mal mit dem Festivals 40grad urbanart. Über 70 regionale und internationale Künstler bekamen an der Jülicher Brücke eine 1.970 Quadratmeter große Fläche zu Verfügung gestellt. Die Stadt muss endlich anerkennen, dass sie es mit KünstlerInnen zu tun hat. Sogar die Touristen-Information führt stolz offizielle Stadtführungen durch. Graffiti braucht Sichtbarkeit; davon lebt die dynamische Szene. Deswegen müssen in jedem Stadtteil endlich Flächen her.

Die geringen Fördergelder stehen auch in der Kritik. Da ist keine Anerkennung zu bemerken, zumal einige KünstlerInnen internationales Renommee genießen. DIE LINKE fordert eine deutliche Anhebung der Fördergelder.

Die Unsichtbaren Frauen in der Wohnungslosigkeit

Der Frauenanteil bei wohnungslosen Menschen in Deutschland steigt kontinuierlich. Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG-W) machen Frauen einen Anteil von 27 % aus, Tendenz steigend. Bei Minderjährigen und bei älteren Wohnungslosen liegt der Frauenanteil bei fast 50 %.

Die BAG-W hat die Zahl der Wohnungslosen für das Jahr 2017 mit 650.000 angegeben. Für das Jahr 2018 prognostizieren sie sogar einen Anstieg auf 1,2

sucht; daher kann die reale Zahl der wohnungslosen Frauen nicht erfasst werden.

Die Bundesregierung ermittelt keine Zahlen, denn für die Betroffenen sind die Länder und Kommunen zuständig. Und da man über unzureichende Erkenntnisse verfüge, gebe es keine Anhaltspunkte für politische Maßnahmen. Ganz im Sinne von: Keine Zahlen, keine Kenntnis, kein Handlungsbedarf. Dabei wäre die Erhöhung der Fördermittel für den Bau von mehr Sozialwohnungen eine erhebliche Hilfe für die Länder und Kommunen. Laut Pestel-Institut müssten bis 2025 pro Jahr 400.000 bezahlbare Wohnungen entstehen.

NRW erhebt seit 2011 mit der „Integrierten Wohnungsnotfall-Berichterstattung“ als einziges Bundesland Zahlen über Wohnungslosigkeit. 2017 waren



Wohnungslosigkeit kann jede Frau treffen
Foto: © canstockphoto/Dubova

Millionen wohnungslose Menschen. Auch immer mehr Paare und Familien sind von Wohnungslosigkeit betroffen. Darauf sind die bisherigen Konzepte der Notunterkünfte nicht eingestellt.

Die Frauen sind in hohem Maße von Gewalt betroffen. Oft leben sie deshalb verdeckt wohnungslos. Wenn sie noch bei Verwandten oder FreundInnen wohnen, haben sie Glück. Viele Frauen gehen sogenannte Zwangspartnerschaften ein, in denen sie, auch sexuell, ausgebeutet werden. Alle diese Frauen haben keine offiziellen, behördlichen Stellen aufge-

9.524 weibliche Wohnungslose erfasst worden. Das entspricht einem Anteil von 30,3 %. Die Zahlen für 2018 bestätigen die Tendenz mit einem Anwachsen auf 14.091 wohnungslose Frauen. Das sind die gemeldeten Fälle. Die Zahl der Obdachlosen kennt man dagegen nicht.

Auch die Stadt Düsseldorf beteiligt sich an der Berichterstattung und meldet regelmäßig Zahlen. 2011 waren 1.567 wohnungslose Personen und 2018 wurden 4.783 gemeldet. Bei 27 % liegt anteilig die Zahl der wohnungslosen Frauen in Düsseldorf allein bei 1.291.

Im Regierungsbezirk Düsseldorf stiegen die Zahlen von 2011 zu 2018 von 4.544 Personen auf 14.071.

In Düsseldorf gibt es verschiedene Konzepte, um wohnungslosen Frauen ein Dach über dem Kopf zu geben. Die Plätze reichen vorne und hinten nicht.

Die Ariadne-Notaufnahme stellt 22 Plätze. Die „Kleine Ariadne“, mit Spenden finanziert, stellt 4 Zimmer für Frauen mit Kindern zur Verfügung. 2017 kam wegen konstanter Überbelegung eine städtische Frauenunterkunft hinzu. Waren auch dort alle Plätze belegt, konnte und musste in Einzelfällen in Hotels ausgewichen werden. Die Aufnahmestelle Icklack, bisher 29 Plätze, soll mit einer weiteren Einrichtung 20 Plätze hinzubekommen (Icklack 2.0). Schwerpunkt dieser Einrichtung wäre die Aufnahme von Frauen mit einer psychischen oder einer Suchterkrankung.

FiftyFifty hat das Projekt „Housing First“ umgesetzt. Hier ziehen Obdachlose dauerhaft in Wohnungen ein. Alle 50 gekauften Wohnungen sind voll belegt, davon ca. 20% von Frauen. Das entspricht in etwa der Quote der obdachlosen Frauen in Düsseldorf. Zusätzlich konnten auch Paare oder Familien berücksichtigt werden. Das erfolgreiche Projekt finanziert sich aus Spenden.

Frauenberatungsstelle

(0211/ 686 854)

Icklack – Wohnen für Frauen
(0211/733 82 20)

Ariadne – Notaufnahme für Frauen
(0211/580 63 65)

Kleine Ariadne - für wohnungslose Mütter mit Kindern und schwangere Frauen (0211/580 63 65)

Notschlafstelle KnackPunkt
für obdachlose Mädchen und Frauen bis 27 Jahre (0211/46960)

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso erleben wie die Fraktion

DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

